

Deutschland und England.

Der deutsche Reichskanzler über England.

Köln, 28. Jan. Die „Köln. Zeitung“ meldet von der holländischen Grenze: Die „Associated-Press“ verbreitet einen Bericht über eine Unterredung, die einer ihrer Vertreter in dem Großen Hauptquartier in Nordfrankreich mit dem deutschen Reichskanzler hatte, der sich im Lauf des Gesprächs wie folgt äußerte: „Ich sagte in jener letzten Unterredung, in der wir die Sache privatim von Mann zu Mann besprachen, zu Sir Edward Goschen, unter den Ursachen, die England in den Krieg getrieben hätten, habe der belgische Neutralitätsbruch für England nur den Wert eines Fetzen Papiers. Ich mag dabei etwas erregt und aufgebracht gewesen sein. Wer an meiner Stelle wäre das nicht gewesen, da ich alle Hoffnungen und die Arbeit der ganzen Dauer meiner Kanzlerschaft verrinnen sah. Ich erinnerte den Botschafter an meine jahrelangen Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen England und Deutschland, ein Bemühen, das, wie ich ihm vorhielt, einen allgemeinen europäischen Krieg unmöglich gemacht und den Frieden Europas vollauf gewährleistet hätte. Eine solche Verständigung hätte die Grundlage gebildet, auf der wir an die Vereinigten Staaten als dritter Teilhaber herantreten wären. Allein England ging nicht auf diese Absichten ein, und indem es in den Krieg zog, vernichtete es auf immer die Hoffnung auf ihre Erfüllung. War der Vertrag im Vergleich zu dieser gewaltigen Wendung der Dinge etwas anderes, als ein Fetzen Papier? England sollte wirklich aufhören, dieses Thema über die belgische Neutralität weiterhin breit zu treten.“ Herr v. Bethmann Hollweg erwähnte, aus den Aktenstücken, die wir im Archiv des belgischen Auswärtigen Amtes vorfinden, gehe hervor, daß England im Jahre 1911 entschlossen war, wenn der Krieg ausbräche, Truppen ohne die Zustimmung der belgischen Regierung nach Belgien zu werfen, mit anderen Worten, genau dasselbe zu tun, was es gegenwärtig mit dem ganzen Pathos der sittlichen Entrüstung Deutschland vorwirft.

Nochmals die belgische Neutralität.

(W.I.B.) Berlin, 28. Jan. Das „Londoner Pressebureau“ veröffentlicht eine lange Erklärung, die sich gegen eine vom Reichskanzler dem hiesigen Vertreter der „Associated Press“ gewährte Unterredung wendet. Das amtliche Londoner Bureau bestreitet, daß England im Jahre 1911 entschlossen gewesen sei, ohne Zustimmung Belgiens Truppen nach Belgien zu werfen. Diese Auffassung beruhe wahrheitlich auf nichtoffiziellen (!) Besprechungen zwischen britischen und belgischen Offizieren aus den Jahren 1906 und 1911, die Vorkehrungen gegen eine etwaige Verletzung der Neutralität durch Deutschland treffen wollten. Ehe diese Besprechungen stattfanden, wurde von britischer Seite ausdrücklich festgelegt, daß die Erörterung militärischer Möglichkeiten darauf zu beschränkt sei, wie ein britischer Beistand Belgien zur Verteidigung seiner Neutralität am wirksamsten gewährt werden könne. Von belgischer Seite wurde erklärt, daß ein britischer Einmarsch in Belgien nur nach Verletzung der Neutralität durch Deutschland stattfinden solle. — Die veröffentlichten belgischen Dokumente widerlegen diese Versicherungen des englischen Pressebureaus auf das Bündigste. Es steht fest, daß England 1911 im Falle des Kriegsausbruches zwischen Deutschland und Frankreich entschlossen war, unmittelbar mit oder ohne Zustimmung Belgiens, auch ohne daß die belgische Regierung Hilfe verlangt hätte, in Belgien zu landen. Dafür liegt die Erklärung des Oberstleutnants Bridges gegenüber dem belgischen Generalstabschef vor. Dafür spricht auch die von Lord Roberts abgegebene Erklärung (British Review-Heft vom August 1913), daß im August 1911 die Heimatflotte und ein Expeditionskorps für einen Einfall in Flandern in Bereitschaft waren, um das Gleich-

gewicht der Mächte aufrecht zu erhalten. Bemerkenswert ist aber ferner, daß die englische Regierung jetzt die Fiktion fallen läßt, als ob es sich 1906 und 1911 nur um eine „akademische“ militärische Diskussion gehandelt habe für den Fall, daß die belgische Neutralität „von einem seiner Nachbarn“ verletzt werden sollte. Die akademischen Besprechungen sind jetzt zu „nicht offiziellen“ Besprechungen“ geworden, für die aber vorher ausdrückliche Grundsätze — also doch wohl offizielle? — festgelegt worden sind. Zugegeben wird jetzt auch, daß sich die Besprechungen allein gegen Deutschland, also nur den einen der belgischen Nachbarn, gerichtet haben. Darin gerade liegt die Preisgabe der belgischen Neutralität. Die englische Regierung vermag durch keine Sophistik die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß sie das durch seinen Neutralitätsvertrag gegenüber allen Mächten gleichmäßig gebundene Belgien zu Verhandlungen und Abmachungen gegenüber einem dieser Garantten, nämlich Deutschland, verleitet, auf die Seite der Tripleentente gezogen und schließlich in den Krieg hineingestoßen hat. Die weiteren Ausführungen der Erklärung laufen darauf hinaus, die Schuld am Scheitern der Friedensbemühungen der deutschen Regierung zuzuschreiben und England von der Mitschuld am Ausbruch des Krieges zu entlasten. Demgegenüber bleibt der dokumentarische Tatbestand bestehen, dessen Ergebnisse Helfferich mit den Worten gekennzeichnet hat: **Rußland ist als der Brandstifter, Frankreich und England sind als die Mitschuldigen erwiesen.**

Die Deutschen im amerikanischen Repräsentantenhaus.

„Das Repräsentantenhaus hatte heute seinen deutschen Tag“, so beginnt ein Bericht aus Washington vom 16. Dez. in der Newyorker Staatszeitung. Gleich nach Eröffnung der Sitzung erhob sich der Abg. Richard Bartholdt und ließ durch den Clerk des Hauses einen Angriff verlesen, der am Tage zuvor in der „Newyork Sun“ gegen ihn und zwei andere Kollegen deutscher Abstammung, Vollmer von Iowa und Bohed von Nebraska, gemacht worden war. Die drei deutschen Repräsentanten waren darin als die „Agenten der deutschen Regierung“ bezeichnet und gleich Millionen deutsch-amerikanischer Bürger durch die Verdächtigung ihrer Loyalität für dieses Land ihrer Geburt oder Adoption beleidigt worden. Mit dem Feuer der gerechten Entrüstung wiesen die Angegriffenen die heimtückischen Bezichtigungen zurück. Aus der Rede Rich. Bartholdts sei hier aber der Schluß wittgeteilt, wo er von seiner Person auf das Allgemeine der amerikanischen Politik im Kriege überging. Er führte aus:

„Es muß allmählich jedermann klar geworden sein, daß das deutsche Volk nicht besiegt werden kann. Warum dann gebieten wir nicht dem fürchterlichen Worten, das drüben von Tag zu Tag weiter geht, Einhalt. Meine Ueberzeugung ist, daß die Vereinigten Staaten die Macht dazu in Händen haben, indem sie den kriegsführenden Nationen die Mittel zum Weiterkämpfen verweigern. Sicher wiegen die Vorteile einer schnelleren Herbeiführung der Zeit, da die Märkte der Welt wieder unserer Baumwolle und all den anderen Produkten unseres Bodens geöffnet werden, hundertfach die temporären Verdienste auf, die ein paar Fabrikanten aus dem Verkauf von Kriegsmaterial jetzt einheimen können. Und außerdem wäre ein solches Vorgehen Beweis für die Aufrichtigkeit unserer Friedensliebe, eine Aufrichtigkeit, die man mit Recht anzweifeln kann, wenn wir zu gleicher Zeit für den Völkerverfrieden in Kirchen beten und Dum-Dum-Geschosse herstellen, Deutsche und Oesterreicher zu töten und den Krieg zu verlängern.“ „Der Tag“, fuhr Barthold fort, „mag einst kommen, da die Freundschaft Deutschlands unserem eigenen Lande unendlich mehr wert ist, als alles Geld, das wir jetzt aus unserer einseitigen Haltung verdienen können. Es ist der Tag, da die anglo-japanische Allianz im Pacific-Meer für das große immer verschobene Kräftemessen bereit und Deutschlands Unterstützung uns nur zu willkommen wäre.“ Die Proklamation des Präsidenten nach Ausbruch des Krieges habe allen Bürgern die gleiche Pflicht auferlegt, strikte Neutralität zu bewahren, und im wahren Geist dieser Neutralität sei jetzt der Antrag gestellt, den Waffenlieferungen an Kriegsführende endlich ein Halt zu gebieten. „Dem Urteile des Hauses überlasse ich es,

ob die wahren Motive hinter unserm Vorgehen andere sind denn rein amerikanische, rein patriotische.“

Ueber den Eindruck der Reden der 3 deutschen Abgeordneten schreibt der Bericht der Newyorker Staatsztg.: „In dem sonst so lebhaften Hause war es fast wie in einer Kirche, denn jeder spürte, daß durch den Mund dieser Männer alle Deutsch-Amerikaner der Republik sprachen und Protest gegen gemeine Verleumdung erhoben. Deutlich war der Eindruck zu spüren, den der Protest nicht nur gegen den angekannten Schimpf, sondern darüber hinaus gegen die Heuchelei unserer Neutralität auf die übrigen Abgeordneten machte.“

Rumänien.

(W.I.B.) Budapest, 28. Jan. Der ungarische Journalist Nicolaus Becsi hatte kürzlich Gelegenheit, in Bukarest den rumänischen Staatsmann Peter Carp zu sprechen, der sich über die politische Orientierung Rumäniens äußerte. Der genannte Interviewer berichtet dem Pester Lloyd: Es ist derzeit sehr schwierig, sich über Fragen der internationalen Politik zu äußern. Besonders schwierig, so sagte er, ist die Lage Rumäniens, das sich bekanntlich für Neutralität entschieden hat. Wie lange sich diese Neutralität behaupten läßt, hängt von mancherlei Umständen ab. Hier in Bukarest wird die Lage durch die zweifache Strömung gekennzeichnet: auf der einen Seite eine verheßte Straße, die von Siebenbürgen träumt, auf der anderen ein Lager von ernsten Männern, deren Willen auf Bessarabien gerichtet ist, auf das Land, das vor 100 Jahren unserem Körper entrissen wurde und von 1½ Millionen Rumänen bevölkert ist. Ich selbst gehöre der zweiten Gruppe an, denn nach meiner Ansicht ist die Erwerbung Bessarabiens das erstklassige Interesse Rumäniens. Selbstverständlich haben einzig die beiden Zentralmächte Aussicht auf Erfolg. Was speziell die Deutschen betrifft, so stehen sie auf beiden Kriegsschauplätzen sehr gut. Sie entfalten eine imponierende Kraft und es ist mein fester Glaube, daß der entscheidende Erfolg unbedingt ihnen zufallen wird. Ueber Straßenkundgebungen in Bukarest befragt, meinte Carp: Die Haltung der Straße kann nicht entscheidend sein. Die verantwortlichen Staatsmänner Rumäniens haben einzig das Interesse des Landes vor Augen. Auswärtige Einflüsse können die Entschlüsse der maßgebenden Faktoren in keiner Weise bestimmen.

Der Verleumdungsfeldzug.

(W.I.B.) Berlin, 29. Jan. (Amtlich.) Nach Mitteilungen der ausländischen Presse verbreitet die „Petersburger Telegraphenagentur“ die Nachricht, daß der russische Minister des Aeußern eine Note an den spanischen Botschafter in Petersburg gerichtet habe, in der auf Grund von Aussagen russischer Soldaten Greuelthaten der deutschen Truppen festgestellt seien. Verwundete seien getötet und verstümmelt, besonders Kosaken seien vielfach als Gefangene erschossen oder gehängt, die Bevölkerung sei an mehreren Orten terrorisiert, katholische Priester mißhandelt, das Zeichen des Kreuzes und die weiße Fahne seien mißbraucht worden.

Daß es ausgeschlossen ist, auf Grund der in der Veröffentlichung enthaltenen Angaben die Behauptungen über Vorgänge zu widerlegen, die Monate zurückliegen, ist der russischen Regierung natürlich genau bekannt. Sie kann also mit ihrer Veröffentlichung nur denselben Zweck verfolgen, den die französische Regierung mit ihrer gleichzeitigen Darstellung angeblicher deutscher Greuelthaten anstrebte. Die Gleichzeitigkeit des Vorgehens von beiden Seiten bestätigt immer mehr, daß es sich hier um den planmäßigen Versuch einer Vergiftung der öffentlichen Meinung der Welt zu Ungunsten Deutschlands handelt. Die deutsche Heeresleitung verzichtet auf jede Antwort darauf.

Französisches.

(W.I.B.) Paris, 29. Jan. Blättermeldungen zufolge nimmt die Affäre des wegen Diebstahls und

ngen von

W 8, Behren-
htung bis zum

halb der Serien
stunden bei den
ang genommen

chts neben der

es Deutschen
findet vom

renkfrage 22,
h nur bis zum

gen getroffenen

gelschutz.

. Jan., nach-
Gasthof zum

be

ammlung

nung: Jahres-
eventl. Neu-
ung, Vortrag,
gkalendern ac.
vrehrl. Mit-
die Frauen,
der Ausfuß.

hen

, kann sofort
i. Bei wem.
e ds Blattes.

upfer u.

ht.

chen, Krüge,
ng, Bei und
den höchsten

ler Dehm,
„Lamm“.

C. U.

, nachmittag

E.

vormittags

Transport



en,

er

nder

einlabet

engart.

Unterdrückung verhafteten Generalzahlmeisters Desclaud größeren Umfang an. Bei einer Hausdurchsuchung in der Pariser Wohnung des Angeklagten und in seiner Villa in Savigny-sur-Orge wurde eine größere Menge von Kaffeebällen, Konserven, Militärrüstungsgegenständen und Gewehren gefunden. Die Verteidigung Desclauds hat Labori übernommen.

(W.T.B.) Kopenhagen, 29. Jan. Die „National Tidende“ meldet aus Paris zu der bereits gemeldeten Verhaftung des französischen Generalintendanten Desclaud: Desclaud wird beschuldigt, Futtermittel und Rohstoffe in großen Mengen nach der Wohnung seiner Geliebten, die mit dem Inhaber eines Pariser Handelshauses verheiratet ist, geschafft zu haben. Die gestohlenen Waren sollen dann an Pariser Handelshäuser verkauft worden sein. Die Geliebte Desclauds ist eine in der Pariser Gesellschaft sehr bekannte Persönlichkeit. Die Betrügereien wurden dadurch entdeckt, daß es auffiel, wie Soldaten die Waren über den Vendôme-Platz nach der Wohnung der Geliebten hinschafften. Desclaud, der unter Caillaux Chef der Steuererhebung war und für diesen Posten ein Gehalt von 34 000 Francs bezog, wurde heimlich überwacht und dann verhaftet.

Ein Lob der deutschen Verwaltung.

Dem „Bulletin des Ardennes“ entnimmt das „Pariser Journal“ (vom 12.) Mitteilungen über die deutsche Verwaltung im Ardennen-Departement und besonders im Bezirk Sedan, die zwar mit allerlei giftigen Gemeinheiten durchflochten sind, im Grunde aber ein hohes Lob der deutschen Verwaltung in Frankreich enthalten. Es heißt da:

Als die Deutschen ins Ardennen-Departement einrückten, stand die Ernte noch auf dem Felde. Ein Teil ist verdorben: die Weizen- und Haberfelder sind von Fußpolk und Reiterei niedergedrückt, von der Artillerie zermalmt worden. Soweit das Getreide und das Heu geschneitten und auf Stapel gesetzt war, ist es allen Unbilden der Witterung ausgesetzt gewesen und hat an Ort und Stelle wieder neu geerntet. Die Deutschen haben davon zu retten gesucht, was sich retten ließ; sie haben alle arbeitsfähigen Leute zwangsweise aufgeboten, um den Rest der Ernte einzubringen. Die Kartoffel- und Zuckerrübenerte war gut. Die Deutschen haben über den Wert der Ernte genaue Erhebungen gemacht, ebenso über das Vieh in den Ställen, über die Möglichkeit eines Wieder-auflebens der Gewerbe und über die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide und Mehl. Eine neue Volkszählung ist sehr sorgfältig durchgeführt worden. Wie für die Ernte haben die Deutschen auch für die Aussaat einheimische Bauern zwangsweise angestellt. Allerdings bleibt die neue Anbaufläche hinter der früheren zurück. Mit dem Brote wird gespart. Jede Person erhält täglich nur ein Pfund Mehl. Einige Mühlen arbeiten. Die Bauern müssen das Korn von den Tennen in diese Mühlen schaffen. Die Deutschen geben für das angebrachte Korn 70 v. H. in Mehl. In einigen Dörfern mahlen und backen die Bauern nach alter Sitte bei sich zu Hause. Beim Einmarsch der Deutschen fehlte vielerorts mehrere Tage lang Brot, Zucker, Kaffee, Salz, Feuerzeug und Tabak. Aber das hat sich bald gebessert. Luxemburger und Deutsche haben in Automobilen den Franzosen die Lebensbedürfnisse gebracht, die diese nötig hatten. Anfang November kostete der Kaffee 5 Franken das Kilo, das Petroleum kostete 1 Franken das Liter und war dabei knapp. Um die Haushaltsbedürfnisse einzukaufen, mußten die Hausfrauen mit einer Kiepe auf dem Rücken oder einem Kinderwagen vor sich bis zu 30 Kilometer über Land wandern. Der Verkauf von Schnaps ist verboten. Die Post ist eingestellt. Die Eisenbahnen dienen nur für Militärtransporte. An den Straßenkreuzungen sind überall Wegweiser in deutscher Sprache angebracht. In bestimmten Dörfern ist die deutsche Ortszeit vorgeschrieben worden. In Rémillly, Villers-le-Tourneur, Bouru-Saint-Remy, Bouru-aux-Bois und Corignan sind die Schulen wieder eröffnet, die französischen Lehrer arbeiten hier unbehelligt von den Deutschen. Diese suchen sich bei der Bevölkerung möglichst beliebt zu machen. Ihr A und O ist, Frankreichs Landwirtschaft und Deutschlands Gewerbebesitz ergänzen sich in wunderbarer Weise; wir sollten uns darum mit ihnen gegen die Engländer verbünden. Der Feind hat auch eine Wehrliste aufgestellt, sowohl für die gedienten Leute wie für die Rekruten von 1914 und 1915 und für die Hilfsdienste. Alle Wehrpflichtigen haben Befehl, ihr Dorf nicht zu verlassen; sie werden beim Reinigen der Straßen, beim Unterhalt der Wege, bei Brückenbauten und ähnlichem beschäftigt, als wenn es für immer wäre.

Aus Deutschland.

Eine Kartoffelpflanzungs-Genossenschaft.

Berlin, 29. Jan. Nach Vorbereitungen mit dem Landwirtschaftsminister haben der Schatzver-

band für deutschen Grundbesitz, die Berliner Gewerkschaftskommission, die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine eine Kartoffelpflanzungs-genossenschaft von Gemeindefürsorge und Grundbesitzern gegründet, um die Bodländer in der Umgebung Berlins im Interesse der Volksernährung landwirtschaftlich aufzuschließen. Nach der Schätzung Sachverständiger kommen in Groß-Berlin etwa 300 Morgen ertragsfähiger Baugelände für Anpflanzung während der Kriegszeit in Betracht. Man denkt daran, außer den bisherigen Gruppen auch noch die Konsumvereine zur Mitwirkung heranzuziehen. Das preussische Landwirtschaftsministerium, bei dem insbesondere Reg.-Rat Dr. Hoepfer dieses Werk angeregt hat, beteiligt sich nicht nur beratend, sondern auch mit Geldmitteln an der Förderung der Kartoffelbaugenossenschaft. Die Art der Kulturbarmachung ist so gedacht, daß die Grundstücke zunächst einmal nicht wie sonst an Laubenkolonisten verpachtet werden, die dann darauf ziehen, was ihnen guddümt. Vielmehr übernimmt eine Zentralkasse das Düngen, Pflügen, den Ankauf und das Einlegen von Saatkartoffeln. Auf den Morgen Land werden sechs Kolonisten oder Losinhaber berechnet, sodaß auf den einzelnen rund 440 Quadratmeter entfallen. Die Bebauungskosten einschließlich des von der Zentrale gelieferten Saatgutes stellen sich für den Morgen auf ungefähr 100 bis 150 Mark. Die Losinhaber, die das Gelände nach der Einsaat zur weiteren Bearbeitung übernehmen, haben während des Wachstums der Frucht das Anbäufeln, die Entfernung des Unkrautes und schließlich das Einernnen zu besorgen. Die Losinhaber bezahlen für das ihnen überlassene Land 22,50 Mark bis 25 Mark, doch kann diese Summe durch Ausgabe von Spartkarten zu wöchentlich 50 Pfg. eingezahlt werden.

Die Kupfervorräte Deutschlands.

Berlin, 28. Jan. Zu der Äußerung des Generalstabschefs von Falkenhayn gegenüber einem Interviewer, wir hätten freilich kein Kupfer unter der Erde, das sei wahr, aber über der Erde hätten wir mehr als genug für alle unsere militärischen Erfordernisse, bemerkt mit Recht die „Tägliche Rundschau“: Hier ist dem Generalstabchef ein erheblicher Irrtum mit unterlaufen. Tatsächlich besitzt Deutschland außer seinen durchaus genügenden Vorräten an Kupfer eine wertvolle eigene Kupferförderung. So fördert die Mansfelder Kupferschieferbauende Gesellschaft jährlich 25 000 Tonnen Kupfer und es werden Anstrengungen gemacht, jetzt diese Förderung noch zu vergrößern. Auch die Stadtberger Hütte in Niedersachsenberg i. W. fördert nach ihren Angaben 16 Millionen Pfund Kupfer. Außerdem beschäftigen sich mehrere Hütten mit der Ausbeutung gelegentlicher Kupfervorkommen. Wir wären also sehr wohl imstande, selbst, wenn das Kupfer in den Metallagern unserer Fabriken nicht ohnehin ausreichte, das fehlende zur Deckung unseres Bedarfs aus eigener Förderung beizusteuern.

Kriegsbeihilfe privater Organisationen.

Welch starken Rückhalt jetzt die organisierten Handlungsgehilfen an ihren Verbänden haben, geht aus der Tatsache hervor, daß die allein von den drei großen Verbänden in den ersten fünf Kriegsmontaten geleisteten Unterstützungen hoch in die Hunderttausende gehen. So betragen allein die ausgezahlten Stellenlosgelder 350 000 M. Daran sind der Leipziger Verband Deutscher Handlungsgehilfen mit 75 000 M., der 58er Verein mit 88 500 M. und der Deutschnationale Verband mit 190 000 M. beteiligt. Außer den Stellenlosgeldern wenden die Verbände ihr Hauptaugenmerk den Familien der ins Feld gezogenen Mitglieder zu. In sie zahlte der Leipziger Verband bis 41 000 M. und der Deutschnationale 132 000 M. Die Zahlen des dritten Vereins liegen noch nicht vor, dürften aber in der Mitte zwischen diesen beiden liegen. Außerdem zahlten alle drei Verbände, bezw. ihre Krankenkassen, Sterbegeld an die Hinterbliebenen ihrer gefallenen Mitglieder, und zwar wurden bisher ausbezahlt vom Leipziger Verband 9000 M., vom 58er Verein 12 660 M. und vom Deutschnationalen Verband 15 000 M.

Krüppelfürsorge.

Karlsruhe, 27. Jan. Im Ministerium des Innern fand dieser Tage unter dem Vorsitz des Ministers v. Bodmann eine Konferenz über die Frage der Kriegskrüppelfürsorge statt. Es waren Vertreter des Roten Kreuzes, der Wissenschaft und sonstige Sachverständige, ferner Vertreter der Wohlfahrtsvereine, der Landwirtschafts- und Handwerkskammer und des Arbeiterverbandes anwesend. Die Beratung drehte sich in der Hauptsache um die zwei Grundfragen: Verhütung des Krüppeltums und Fürsorge. Es kam zum Ausdruck, daß der Gegenstand unter die allgemeine Invalidenfürsorge falle. Der stellvertretende Generalarzt teilte mit, daß von der Militärbehörde einige orthopädische Anstalten errichtet werden sol-

len. Der Staat hat Kuranstalten in Baden-Baden und Badenweiler zur Verfügung gestellt. In allen größeren Orten und Amtsstädten sollen Arbeitsausstufungen in Angliederung an die Ortsgruppe des Krüppelfürsorgevereins gebildet werden. In Freiburg wurde bereits eine Krüppelschule errichtet, in der invalide Krieger unterwiesen werden. In der hiesigen Gewerbebeschule sollen entsprechende Kurse eingerichtet werden.

Wie weit schießen die Deutschen?

Die „Times“ hat ihren Lesern jüngst eine recht unangenehme Nachricht vorgelegt: die Deutschen haben ein neues Schiffsgeschütz, so berichtet sie, das 3 Meilen weiter schießt, als die beste englische Kanone, und dessen Geschütz eine noch größere Wirkung habe, als die berühmten 42 Zentimeter-Mörser. Was ist an dieser Mitteilung wahr? Diese Frage wirft in den „Artilleristischen Monatsheften“ ein Fachmann auf. Zunächst, welches ist das beste englische Geschütz? Nach dem Taschenbuche der Kriegsschlotten 1914 muß die 38,1 Zentimeter-Schiffskanone L/45 gemeint sein, deren Geschütz 885 Kilo wiegt und eine Anfangsgeschwindigkeit von 760 Metern hat. Tatsächlich hat Krupp, wie bekannt ist, ein 40,64 Zentimeter-Schiffsgeschütz (L/50) hergestellt, dessen Geschütz 920 Kilo wiegt und eine Anfangsgeschwindigkeit von 940 Metern hat. Die Mündungswucht dieses Geschosses ist um 58 v. H. größer, als die der englischen Schiffskanone, und daher klingt die Angabe der „Times“, das Geschütz könne 5 Kilometer weiter feuern, durchaus glaublich. Wie weit das Geschütz schießen kann, darüber liegen keine Angaben vor, allein man kann durch den Vergleich mit anderen bekannten Schußleistungen zu einer ziemlich sicheren Schätzung kommen. Der weiteste Kanonenschuß, dessen Fluglänge wirklich gemessen ist, ist vor 23 Jahren, am 28. April 1892 in Gegenwart des Kaisers abgefeuert worden. Es handelte sich dabei um ein Kruppisches 24 Zentimeter-Geschütz (L/40), das 20,266 Kilometer weit schloß. Die Anfangsgeschwindigkeit des Geschosses dürfte dabei schwerlich 800 Meter betragen haben. Demnach darf die Schußweite, die die Kruppische 40,64 Zentimeter-Kanone erreicht, wenn man beim Schuß mit einer Erhöhung von 30 Grad rechnet, auf 42 Kilometer geschätzt werden. Was bedeutet das? Man macht es sich am besten an einer Strecke klar, von deren Ueberschreitung in den ersten Kriegsmontaten oft die Rede war. Kann man über den Kanal schießen? wurde da gefragt. Wenn man eine Schußleistung von 42 Kilometer annimmt, ist diese Frage zu bejahen: an der schmalsten Stelle ist der Kanal etwa 33 Kilometer breit; feuert man von Calais aus nach Dover, so wird nicht nur die englische Kanalküste durch das Geschütz beherrscht, sondern noch ein Küstenstrich des englischen Festlandes von 9 Kilom. Breite.

Die Weinernte in Württemberg.

Im Jahre 1914 betrug die Zahl der Weinbaugemeinden in Württemberg 430 gegen 441 im Vorjahr, die im Ertrag stehende Weinbaufläche 13 507 Hektar gegen 14 120 im Vorjahr. Der gesamte Ertrag des 1914er Weinjahres, der durch die Nachwirkungen der schweren Aprilfröste des Jahres 1913 und durch starkes Auftreten der Rebkrankheiten (namentlich Peronospora und Oidium) im Verlaufe des Jahres 1914 sehr beeinträchtigt worden ist, berechnet sich zu 47 547 Hektol., das macht auf 1 Hektar 3,52 Hektol. gegen 8 104 Hektol. oder 0,57 Hektol. von 1 Hektar im Jahre 1913; dagegen betrug der Hektarertrag im 10jährigen Durchschnitt 1903/12 14,60 Hektol. 1893/1902 16,98 Hektol., 1883/92 17,36 Hektol., 1873/82 19,84 Hektol., 1863/72 24,63 Hektol. In einer großen Zahl von Gemeinden: nämlich in 212 oder in nahezu der Hälfte sämtlicher Weinbaugemeinden wurde überhaupt kein Ertrag, in 148 oder mehr als einem Drittel sämtlicher Weinbaugemeinden ein Hektarertrag von weniger als 4 Hektol. gewonnen. Der Absatz des 1914er Erzeugnisses, das hinsichtlich der Güte befriedigend zu nennen ist, ging, entgegen den gehegten Befürchtungen, daß der Krieg lähmend auf das Herbstgeschäft einwirken werde, flott von statten. Der bei den Verkäufen unter der Kelter erzielte Preis berechnet sich für das Jahr 1914 im Landesdurchschnitt zu 76,93 Mk., ein Preis, der bis jetzt nur ein einziges Mal, nämlich im Jahre 1911, wo er 80,24 Mk. für 1 Hektol. betrug, übertroffen worden ist und durch den der Ausfall an Menge wenigstens einigermaßen ausgeglichen wurde. Der Erlös aus dem unter der Kelter oder überhaupt während des Herbstes verkauften Wein berechnet sich zu 2 740 764 Mark gegen 3 126 588 Mk. im Jahre 1913, 14 744 641 Mk. in dem guten Weinjahr 1904 und 7 555 250 Mk. im Durchschnitt 1903/12. Unter Zugrundelegung der bei den Kelterverkäufen erzielten Preise berechnet sich der Geldwert des gesamten Weinertrages des Jahres 1914 zu 3 621 353 Mk.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.